



6. Sand in Sand mit diesen fittlichen Monte geht off eine Gemütsberührung, welche feinerlei Ehrfürcht für Traditionen, kein Restriktion für durch Alter und Erprobung gebräugte Gebräuge und Einrichtungen, keinen Sinn für organische Entwicklung und das gefchäftlich Gewordene kennt.

10. In ihrer blinden Vereinerung zeigt die Demokratie nur allzu häufig eine Maßlosigkeit und Unzulänglichkeit, die sie zum größten Bedauern demokratie. Die Demokratie bildet die unzulängliche Sorge auch von jenen, die Bahnbrecher der politischen Freiheit geworden sind.

11. Und diese selbst Demokratie ist fort, wo ihre Interessen und Gefühle nicht unmittelbar berührt werden, einer Unbegreiflichkeit, die sie um unübersteigliche Hindernisse jeder fortschrittlichen Entwicklung macht. Es ist schlimm, wie sie einem Kunde gleich blinde Ferkörnungsmut mit trüben Verneinungsbegehren, die schätzbarsten Elemente des Sozialismus mit den schätzbarsten Elementen des Konterismus vereint.

12. Endlich neigt die Demokratie dazu, ihre Politik mehr nach dem Gebote des Augenblicks als im Hinblick auf die großen und dauernden Interessen der Volksgemeinschaft einzurichten. Sie ist kurzfristig und lebt von der Hand in den Mund. Sie basist nach dem augenblicklichen Wort, kommen - er in der Zukunft auch so teuer zu stehen mag.

Dieses Ergebnis eines Demokraten wird allen denjenigen, die sich von den Schlingenspielen der allein leitenden Demokratie noch nicht losmachen können, angelegentlich zur Beachtung empfohlen.

### Der Soldat und das Wahlrecht

Die Wehrung vielfacher Zweifel, wie zu den Soldaten im Sinne des Wehrungsrechtes gehört und daher an den Wehrungsrechtes nicht teilnehmen kann, teils das Wehrungsministerium des Innern folgendes mit: Nach dem Wehrungsrecht muß das Wahlrecht der Soldaten während der Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht. Zur Wehrmacht gehört nur die vorläufige Wehrmacht und die vorläufige Wehrmacht. Zu den Soldaten der Wehrmacht gehören die Mannschaften der Infanterie, Kavallerie, Artillerie, Pionier-, Eisenbahn-, Telegraphen-, Telegrafisten-, Veterinär-, Post- und Feuerwehroffiziere, dagegen nicht die Militärbeamten. Angehörige der Sicherheitspolizei sind Landesbeamte und keine Soldaten der Wehrmacht, also wahlberechtigt. Angehörige des alten Bundes und der früheren Marine, die sich noch in Kasernen befinden, zählen nicht zu den Soldaten der Wehrmacht, es sei denn, daß sie zur Wehrmacht oder zur Wehrmacht übergetreten sind. Das gleiche trifft bei dem erst jüngst aus dem Bundeslande zurückgekehrt und noch in Sammelkassen untergebracht sind. Angehörige der Wehrmacht, die sich noch in Kasernen befinden, zählen nicht zu den Soldaten der Wehrmacht, es sei denn, daß sie zur Wehrmacht oder zur Wehrmacht übergetreten sind. Das gleiche trifft bei dem erst jüngst aus dem Bundeslande zurückgekehrt und noch in Sammelkassen untergebracht sind. Angehörige der Wehrmacht, die sich noch in Kasernen befinden, zählen nicht zu den Soldaten der Wehrmacht, es sei denn, daß sie zur Wehrmacht oder zur Wehrmacht übergetreten sind. Das gleiche trifft bei dem erst jüngst aus dem Bundeslande zurückgekehrt und noch in Sammelkassen untergebracht sind.

Das Wahlrecht der entlassenen Offiziere. Es ist mehrfach festgestellt, daß mit dem 31. März 1920 entlassene Offiziere in die Wählerlisten noch nicht aufgenommen sind. Alle jetzt verabschiedeten Offiziere müssen daher bis spätestens 16. März die Wählerlisten einreichen. Unter Umständen entziehen Schlichterstellen, weil sie über ihre durch den allgemeinen Krieg abgebrochene Wehrdienstzeit die Schlichterstellen in anderen Wehrteilen, in denen sie sich befinden, in die Wählerlisten eintragen. In diesem Falle müssen sie bei den Wehrbehörden schriftlich Einspruch erheben oder diesen zu Protokoll geben, worauf innerhalb 14 Tagen die Entscheidung bekanntgegeben sein muß. Sollte ein solches Einspruchsverfahren nicht eingeleitet sein, so wird die einschlägige Entscheidung als geschehenes Mittel sein, um den Einspruch zu begründen.

### Polnisches Eingekindnis der Putschabsichten

In einer polnischen Versammlung in Szeben wurden nach dem Berichtungsleiter die Mitteilung gemacht, daß in den nächsten Tagen ein Aufstand in Warschau ausbrechen wird. Die Versammlung wurde von den Subversiven beherrscht, die die Versammlung in Szeben ausbrechen werden. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Zahl der polnischen Kattoren in Oberösterreich unter Aufhebung ihrer Besätze um 30 Prozent um etwa 70 Prozent erhöht worden ist.

Wie dem Oberösterreichischen Wanders- und Mühlentouristen mitgeteilt wird, haben die dortigen Volkspolizei des Warschau eine Kette, weil der Versuch nicht ist, um die polnischen Kattoren am nationalpolnischen Feiertage den Großpolen eine Extratourne zu halten. Nur das energetische Eingreifen einiger Belohnung Elemente sollte den Vorker zu verhindern.

Die Entwicklung in Oberösterreich scheint in ähnlichen Maß genommen zu sein. Während die deutsch geartete Bevölkerung sich in der Vorbereitung ihrer Rechte gegen die Bedrückung durch die Entente-Kommission und gegen die Annäherungen der Polen nur gerechtfertigt wehren, so werden die Polen nicht nur gegen die Entente, sondern, wenn es nicht anders geht, auch gegen die Entente vorzugehen. Die Umwandlung der politischen Verhältnisse hat die Oberösterreich beherrschende Gruppe grell beleuchtet und in das Gezer der Polen betreffende Aufregung gebracht. Je unangenehm sich die Verhältnisse in Oberösterreich für Polen gestalten, je mehr insbesondere die Entente sich bemüht, das es um seine Zukunft bei Polen jedenfalls schlechter bestellt sein würde als bei Deutschland, um so mehr scheint in Österreich die Wille zu existieren. Oberösterreich mit Gewalt an sich zu ziehen, wenn es um dem Wege der Abmündung, deren alleiniger Ausgang für Polen immer fruchtbarer wird, nicht gelingen. Nach diesem Grunde ist in den letzten Monaten die politische militärische Geheim-Organisation in Oberösterreich einig eingeordnet worden und an der oberösterreich Grenze sind anfallenden Teil reguläre militärische Truppen bereit. Auch die Entente-Kommission in Doppel erkennt die Oberösterreich beherrschende Gefahr und kann sich der Einsicht nicht enthalten, daß durch das Erzwirgen der gegenwärtigen Verhältnisse die Oberösterreich beherrschende Bestimmungen des Friedensvertrages ernstlich gefährdet sind. Es liegt ihm im höchsten Interesse, die Stellung der Entente, die für die Aufhebung des Friedensvertrages notwendig ist, nicht nur mehr zu erfüllen. Ein Gebot politischer Gerechtigkeit ist es darum auch, daß die beunruhigende Teil der oberösterreich Bevölkerung sehr Ruhe nicht nur durch die politischen Verhältnisse, sondern auch durch die politischen Verhältnisse ist, die die Lage der Entente-Kommission in Doppel noch unangenehmer machen müssen, als sie jetzt ist. Unter Wehrern muß darauf verzichtet werden, die Volkswirtschaft in Oberösterreich überaus zu fördern. Wir sind hier nur, daß der gesunde Sinn der oberösterreich Bevölkerung sich dem Welt und Sand anwenden wird, die durch ihre Wille nicht nur ihr Wohl, sondern auch ihre Sätze bemessen.

Die Entwicklung in Oberösterreich scheint in ähnlichen Maß genommen zu sein. Während die deutsch geartete Bevölkerung sich in der Vorbereitung ihrer Rechte gegen die Bedrückung durch die Entente-Kommission und gegen die Annäherungen der Polen nur gerechtfertigt wehren, so werden die Polen nicht nur gegen die Entente, sondern, wenn es nicht anders geht, auch gegen die Entente vorzugehen. Die Umwandlung der politischen Verhältnisse hat die Oberösterreich beherrschende Gruppe grell beleuchtet und in das Gezer der Polen betreffende Aufregung gebracht. Je unangenehm sich die Verhältnisse in Oberösterreich für Polen gestalten, je mehr insbesondere die Entente sich bemüht, das es um seine Zukunft bei Polen jedenfalls schlechter bestellt sein würde als bei Deutschland, um so mehr scheint in Österreich die Wille zu existieren. Oberösterreich mit Gewalt an sich zu ziehen, wenn es um dem Wege der Abmündung, deren alleiniger Ausgang für Polen immer fruchtbarer wird, nicht gelingen. Nach diesem Grunde ist in den letzten Monaten die politische militärische Geheim-Organisation in Oberösterreich einig eingeordnet worden und an der oberösterreich Grenze sind anfallenden Teil reguläre militärische Truppen bereit. Auch die Entente-Kommission in Doppel erkennt die Oberösterreich beherrschende Gefahr und kann sich der Einsicht nicht enthalten, daß durch das Erzwirgen der gegenwärtigen Verhältnisse die Oberösterreich beherrschende Bestimmungen des Friedensvertrages ernstlich gefährdet sind. Es liegt ihm im höchsten Interesse, die Stellung der Entente, die für die Aufhebung des Friedensvertrages notwendig ist, nicht nur mehr zu erfüllen. Ein Gebot politischer Gerechtigkeit ist es darum auch, daß die beunruhigende Teil der oberösterreich Bevölkerung sehr Ruhe nicht nur durch die politischen Verhältnisse, sondern auch durch die politischen Verhältnisse ist, die die Lage der Entente-Kommission in Doppel noch unangenehmer machen müssen, als sie jetzt ist. Unter Wehrern muß darauf verzichtet werden, die Volkswirtschaft in Oberösterreich überaus zu fördern. Wir sind hier nur, daß der gesunde Sinn der oberösterreich Bevölkerung sich dem Welt und Sand anwenden wird, die durch ihre Wille nicht nur ihr Wohl, sondern auch ihre Sätze bemessen.

Die Entwicklung in Oberösterreich scheint in ähnlichen Maß genommen zu sein. Während die deutsch geartete Bevölkerung sich in der Vorbereitung ihrer Rechte gegen die Bedrückung durch die Entente-Kommission und gegen die Annäherungen der Polen nur gerechtfertigt wehren, so werden die Polen nicht nur gegen die Entente, sondern, wenn es nicht anders geht, auch gegen die Entente vorzugehen. Die Umwandlung der politischen Verhältnisse hat die Oberösterreich beherrschende Gruppe grell beleuchtet und in das Gezer der Polen betreffende Aufregung gebracht. Je unangenehm sich die Verhältnisse in Oberösterreich für Polen gestalten, je mehr insbesondere die Entente sich bemüht, das es um seine Zukunft bei Polen jedenfalls schlechter bestellt sein würde als bei Deutschland, um so mehr scheint in Österreich die Wille zu existieren. Oberösterreich mit Gewalt an sich zu ziehen, wenn es um dem Wege der Abmündung, deren alleiniger Ausgang für Polen immer fruchtbarer wird, nicht gelingen. Nach diesem Grunde ist in den letzten Monaten die politische militärische Geheim-Organisation in Oberösterreich einig eingeordnet worden und an der oberösterreich Grenze sind anfallenden Teil reguläre militärische Truppen bereit. Auch die Entente-Kommission in Doppel erkennt die Oberösterreich beherrschende Gefahr und kann sich der Einsicht nicht enthalten, daß durch das Erzwirgen der gegenwärtigen Verhältnisse die Oberösterreich beherrschende Bestimmungen des Friedensvertrages ernstlich gefährdet sind. Es liegt ihm im höchsten Interesse, die Stellung der Entente, die für die Aufhebung des Friedensvertrages notwendig ist, nicht nur mehr zu erfüllen. Ein Gebot politischer Gerechtigkeit ist es darum auch, daß die beunruhigende Teil der oberösterreich Bevölkerung sehr Ruhe nicht nur durch die politischen Verhältnisse, sondern auch durch die politischen Verhältnisse ist, die die Lage der Entente-Kommission in Doppel noch unangenehmer machen müssen, als sie jetzt ist. Unter Wehrern muß darauf verzichtet werden, die Volkswirtschaft in Oberösterreich überaus zu fördern. Wir sind hier nur, daß der gesunde Sinn der oberösterreich Bevölkerung sich dem Welt und Sand anwenden wird, die durch ihre Wille nicht nur ihr Wohl, sondern auch ihre Sätze bemessen.

Die Entwicklung in Oberösterreich scheint in ähnlichen Maß genommen zu sein. Während die deutsch geartete Bevölkerung sich in der Vorbereitung ihrer Rechte gegen die Bedrückung durch die Entente-Kommission und gegen die Annäherungen der Polen nur gerechtfertigt wehren, so werden die Polen nicht nur gegen die Entente, sondern, wenn es nicht anders geht, auch gegen die Entente vorzugehen. Die Umwandlung der politischen Verhältnisse hat die Oberösterreich beherrschende Gruppe grell beleuchtet und in das Gezer der Polen betreffende Aufregung gebracht. Je unangenehm sich die Verhältnisse in Oberösterreich für Polen gestalten, je mehr insbesondere die Entente sich bemüht, das es um seine Zukunft bei Polen jedenfalls schlechter bestellt sein würde als bei Deutschland, um so mehr scheint in Österreich die Wille zu existieren. Oberösterreich mit Gewalt an sich zu ziehen, wenn es um dem Wege der Abmündung, deren alleiniger Ausgang für Polen immer fruchtbarer wird, nicht gelingen. Nach diesem Grunde ist in den letzten Monaten die politische militärische Geheim-Organisation in Oberösterreich einig eingeordnet worden und an der oberösterreich Grenze sind anfallenden Teil reguläre militärische Truppen bereit. Auch die Entente-Kommission in Doppel erkennt die Oberösterreich beherrschende Gefahr und kann sich der Einsicht nicht enthalten, daß durch das Erzwirgen der gegenwärtigen Verhältnisse die Oberösterreich beherrschende Bestimmungen des Friedensvertrages ernstlich gefährdet sind. Es liegt ihm im höchsten Interesse, die Stellung der Entente, die für die Aufhebung des Friedensvertrages notwendig ist, nicht nur mehr zu erfüllen. Ein Gebot politischer Gerechtigkeit ist es darum auch, daß die beunruhigende Teil der oberösterreich Bevölkerung sehr Ruhe nicht nur durch die politischen Verhältnisse, sondern auch durch die politischen Verhältnisse ist, die die Lage der Entente-Kommission in Doppel noch unangenehmer machen müssen, als sie jetzt ist. Unter Wehrern muß darauf verzichtet werden, die Volkswirtschaft in Oberösterreich überaus zu fördern. Wir sind hier nur, daß der gesunde Sinn der oberösterreich Bevölkerung sich dem Welt und Sand anwenden wird, die durch ihre Wille nicht nur ihr Wohl, sondern auch ihre Sätze bemessen.

Die Entwicklung in Oberösterreich scheint in ähnlichen Maß genommen zu sein. Während die deutsch geartete Bevölkerung sich in der Vorbereitung ihrer Rechte gegen die Bedrückung durch die Entente-Kommission und gegen die Annäherungen der Polen nur gerechtfertigt wehren, so werden die Polen nicht nur gegen die Entente, sondern, wenn es nicht anders geht, auch gegen die Entente vorzugehen. Die Umwandlung der politischen Verhältnisse hat die Oberösterreich beherrschende Gruppe grell beleuchtet und in das Gezer der Polen betreffende Aufregung gebracht. Je unangenehm sich die Verhältnisse in Oberösterreich für Polen gestalten, je mehr insbesondere die Entente sich bemüht, das es um seine Zukunft bei Polen jedenfalls schlechter bestellt sein würde als bei Deutschland, um so mehr scheint in Österreich die Wille zu existieren. Oberösterreich mit Gewalt an sich zu ziehen, wenn es um dem Wege der Abmündung, deren alleiniger Ausgang für Polen immer fruchtbarer wird, nicht gelingen. Nach diesem Grunde ist in den letzten Monaten die politische militärische Geheim-Organisation in Oberösterreich einig eingeordnet worden und an der oberösterreich Grenze sind anfallenden Teil reguläre militärische Truppen bereit. Auch die Entente-Kommission in Doppel erkennt die Oberösterreich beherrschende Gefahr und kann sich der Einsicht nicht enthalten, daß durch das Erzwirgen der gegenwärtigen Verhältnisse die Oberösterreich beherrschende Bestimmungen des Friedensvertrages ernstlich gefährdet sind. Es liegt ihm im höchsten Interesse, die Stellung der Entente, die für die Aufhebung des Friedensvertrages notwendig ist, nicht nur mehr zu erfüllen. Ein Gebot politischer Gerechtigkeit ist es darum auch, daß die beunruhigende Teil der oberösterreich Bevölkerung sehr Ruhe nicht nur durch die politischen Verhältnisse, sondern auch durch die politischen Verhältnisse ist, die die Lage der Entente-Kommission in Doppel noch unangenehmer machen müssen, als sie jetzt ist. Unter Wehrern muß darauf verzichtet werden, die Volkswirtschaft in Oberösterreich überaus zu fördern. Wir sind hier nur, daß der gesunde Sinn der oberösterreich Bevölkerung sich dem Welt und Sand anwenden wird, die durch ihre Wille nicht nur ihr Wohl, sondern auch ihre Sätze bemessen.

Die Entwicklung in Oberösterreich scheint in ähnlichen Maß genommen zu sein. Während die deutsch geartete Bevölkerung sich in der Vorbereitung ihrer Rechte gegen die Bedrückung durch die Entente-Kommission und gegen die Annäherungen der Polen nur gerechtfertigt wehren, so werden die Polen nicht nur gegen die Entente, sondern, wenn es nicht anders geht, auch gegen die Entente vorzugehen. Die Umwandlung der politischen Verhältnisse hat die Oberösterreich beherrschende Gruppe grell beleuchtet und in das Gezer der Polen betreffende Aufregung gebracht. Je unangenehm sich die Verhältnisse in Oberösterreich für Polen gestalten, je mehr insbesondere die Entente sich bemüht, das es um seine Zukunft bei Polen jedenfalls schlechter bestellt sein würde als bei Deutschland, um so mehr scheint in Österreich die Wille zu existieren. Oberösterreich mit Gewalt an sich zu ziehen, wenn es um dem Wege der Abmündung, deren alleiniger Ausgang für Polen immer fruchtbarer wird, nicht gelingen. Nach diesem Grunde ist in den letzten Monaten die politische militärische Geheim-Organisation in Oberösterreich einig eingeordnet worden und an der oberösterreich Grenze sind anfallenden Teil reguläre militärische Truppen bereit. Auch die Entente-Kommission in Doppel erkennt die Oberösterreich beherrschende Gefahr und kann sich der Einsicht nicht enthalten, daß durch das Erzwirgen der gegenwärtigen Verhältnisse die Oberösterreich beherrschende Bestimmungen des Friedensvertrages ernstlich gefährdet sind. Es liegt ihm im höchsten Interesse, die Stellung der Entente, die für die Aufhebung des Friedensvertrages notwendig ist, nicht nur mehr zu erfüllen. Ein Gebot politischer Gerechtigkeit ist es darum auch, daß die beunruhigende Teil der oberösterreich Bevölkerung sehr Ruhe nicht nur durch die politischen Verhältnisse, sondern auch durch die politischen Verhältnisse ist, die die Lage der Entente-Kommission in Doppel noch unangenehmer machen müssen, als sie jetzt ist. Unter Wehrern muß darauf verzichtet werden, die Volkswirtschaft in Oberösterreich überaus zu fördern. Wir sind hier nur, daß der gesunde Sinn der oberösterreich Bevölkerung sich dem Welt und Sand anwenden wird, die durch ihre Wille nicht nur ihr Wohl, sondern auch ihre Sätze bemessen.

Die Entwicklung in Oberösterreich scheint in ähnlichen Maß genommen zu sein. Während die deutsch geartete Bevölkerung sich in der Vorbereitung ihrer Rechte gegen die Bedrückung durch die Entente-Kommission und gegen die Annäherungen der Polen nur gerechtfertigt wehren, so werden die Polen nicht nur gegen die Entente, sondern, wenn es nicht anders geht, auch gegen die Entente vorzugehen. Die Umwandlung der politischen Verhältnisse hat die Oberösterreich beherrschende Gruppe grell beleuchtet und in das Gezer der Polen betreffende Aufregung gebracht. Je unangenehm sich die Verhältnisse in Oberösterreich für Polen gestalten, je mehr insbesondere die Entente sich bemüht, das es um seine Zukunft bei Polen jedenfalls schlechter bestellt sein würde als bei Deutschland, um so mehr scheint in Österreich die Wille zu existieren. Oberösterreich mit Gewalt an sich zu ziehen, wenn es um dem Wege der Abmündung, deren alleiniger Ausgang für Polen immer fruchtbarer wird, nicht gelingen. Nach diesem Grunde ist in den letzten Monaten die politische militärische Geheim-Organisation in Oberösterreich einig eingeordnet worden und an der oberösterreich Grenze sind anfallenden Teil reguläre militärische Truppen bereit. Auch die Entente-Kommission in Doppel erkennt die Oberösterreich beherrschende Gefahr und kann sich der Einsicht nicht enthalten, daß durch das Erzwirgen der gegenwärtigen Verhältnisse die Oberösterreich beherrschende Bestimmungen des Friedensvertrages ernstlich gefährdet sind. Es liegt ihm im höchsten Interesse, die Stellung der Entente, die für die Aufhebung des Friedensvertrages notwendig ist, nicht nur mehr zu erfüllen. Ein Gebot politischer Gerechtigkeit ist es darum auch, daß die beunruhigende Teil der oberösterreich Bevölkerung sehr Ruhe nicht nur durch die politischen Verhältnisse, sondern auch durch die politischen Verhältnisse ist, die die Lage der Entente-Kommission in Doppel noch unangenehmer machen müssen, als sie jetzt ist. Unter Wehrern muß darauf verzichtet werden, die Volkswirtschaft in Oberösterreich überaus zu fördern. Wir sind hier nur, daß der gesunde Sinn der oberösterreich Bevölkerung sich dem Welt und Sand anwenden wird, die durch ihre Wille nicht nur ihr Wohl, sondern auch ihre Sätze bemessen.

### Die Kabinettsbildung in Italien

Mitti, Giolitti, Bonomi.

Nach Anhaltigung der Rede des Cecchi ist infolge der Unsicherheit gegen deren Lösung die Möglichkeit eines neuen Ministeriums Mitti wieder erwacht. Mitti und Maba wurden gestern nochmals aus neue vom König zur Anberaumung berufen. Das Projekt Giolitti (Präsident) mit Mitti als Außenminister wird als bereits betrachtet. Giolitti gilt jedoch als Referentmann für den nächsten Fall. Am Laufe des gestrigen Tages hat der König die bevorstehenden politischen Persönlichkeiten, darunter als ersten in der Frühe in 14-jähriger Aubeit Giolitti und einmal Mitti empfangen. Die Reden erklärten sich gestern sowohl gegen ein Ministerium unter eigener Führung, als gegen ein Koalitionsministerium unter Führung des Ministerpräsidenten Bonomi, des gegenwärtigen Kriegsministers. Alle bisherigen politischen Persönlichkeiten kommen aber überhaupt nicht in Betracht, weil sie keine genügende Stütze im Parlament besitzen. Für Giolitti tritt einzuweisen nur die Kurier-Stampa mit der Erklärung ein, daß er unter gewissen Garantien die Bildung der Regierung übernehmen würde, womit man die Unterdrückung gegen die für den Krieg Verantwortlichen meint. Der sozialistische „Avanti“ schreibt höflich: Der Macht aufsteigende Giolitti auf eine Unterdrückung verzichten. Zweifellos wird jedoch die Aussichten Giolitti im Juniessen.

Der „Popolo d'Avanti“ behauptet, der Schatzminister Agnelli strebe wieder mehr denn je nach der Übernahme der Schatzverwaltung. Man würde sich jedoch der Kabinettsbildung durch ihn wehren, da er zu oft als Minister zu bezeichnen pflege, die sich den italienischen Interessen widersetzen und die Sozialisten und Christen begünstigen.

Das Man wird gemeldet, daß einer der Sanpazzen, mit denen sich der Vorkriegsminister zu befehlen haben wird, die Bekämpfung der Mitternachten. Es wird eine besondere in Permanenz liegende Kommission dafür aufgestellt werden, die sich einzig und allein mit dieser Frage beschäftigt.

Aus Rom wird gemeldet: Der Vorkriegsminister hat gestern nachmittag im Ministerium für die Kolonien zusammen. Es waren alle Mitglieder des Rates zugegen. Auf den Vorkriegs Vorkriegs ernannte der Rat den italienischen Delegationen Tittoni zum Vorsitzenden. In seiner Eröffnungsrede führte Tittoni aus, damit der Bund eine Anerkennung finde, müsse sich Rom dem Weltgeist der internationalen Gerechtigkeit beugen lassen.

Das Man wird gemeldet, daß einer der Sanpazzen, mit denen sich der Vorkriegsminister zu befehlen haben wird, die Bekämpfung der Mitternachten. Es wird eine besondere in Permanenz liegende Kommission dafür aufgestellt werden, die sich einzig und allein mit dieser Frage beschäftigt.

Aus Rom wird gemeldet: Der Vorkriegsminister hat gestern nachmittag im Ministerium für die Kolonien zusammen. Es waren alle Mitglieder des Rates zugegen. Auf den Vorkriegs Vorkriegs ernannte der Rat den italienischen Delegationen Tittoni zum Vorsitzenden. In seiner Eröffnungsrede führte Tittoni aus, damit der Bund eine Anerkennung finde, müsse sich Rom dem Weltgeist der internationalen Gerechtigkeit beugen lassen.

Das Man wird gemeldet, daß einer der Sanpazzen, mit denen sich der Vorkriegsminister zu befehlen haben wird, die Bekämpfung der Mitternachten. Es wird eine besondere in Permanenz liegende Kommission dafür aufgestellt werden, die sich einzig und allein mit dieser Frage beschäftigt.

Aus Rom wird gemeldet: Der Vorkriegsminister hat gestern nachmittag im Ministerium für die Kolonien zusammen. Es waren alle Mitglieder des Rates zugegen. Auf den Vorkriegs Vorkriegs ernannte der Rat den italienischen Delegationen Tittoni zum Vorsitzenden. In seiner Eröffnungsrede führte Tittoni aus, damit der Bund eine Anerkennung finde, müsse sich Rom dem Weltgeist der internationalen Gerechtigkeit beugen lassen.

Das Man wird gemeldet, daß einer der Sanpazzen, mit denen sich der Vorkriegsminister zu befehlen haben wird, die Bekämpfung der Mitternachten. Es wird eine besondere in Permanenz liegende Kommission dafür aufgestellt werden, die sich einzig und allein mit dieser Frage beschäftigt.

Aus Rom wird gemeldet: Der Vorkriegsminister hat gestern nachmittag im Ministerium für die Kolonien zusammen. Es waren alle Mitglieder des Rates zugegen. Auf den Vorkriegs Vorkriegs ernannte der Rat den italienischen Delegationen Tittoni zum Vorsitzenden. In seiner Eröffnungsrede führte Tittoni aus, damit der Bund eine Anerkennung finde, müsse sich Rom dem Weltgeist der internationalen Gerechtigkeit beugen lassen.

Das Man wird gemeldet, daß einer der Sanpazzen, mit denen sich der Vorkriegsminister zu befehlen haben wird, die Bekämpfung der Mitternachten. Es wird eine besondere in Permanenz liegende Kommission dafür aufgestellt werden, die sich einzig und allein mit dieser Frage beschäftigt.

Aus Rom wird gemeldet: Der Vorkriegsminister hat gestern nachmittag im Ministerium für die Kolonien zusammen. Es waren alle Mitglieder des Rates zugegen. Auf den Vorkriegs Vorkriegs ernannte der Rat den italienischen Delegationen Tittoni zum Vorsitzenden. In seiner Eröffnungsrede führte Tittoni aus, damit der Bund eine Anerkennung finde, müsse sich Rom dem Weltgeist der internationalen Gerechtigkeit beugen lassen.

Das Man wird gemeldet, daß einer der Sanpazzen, mit denen sich der Vorkriegsminister zu befehlen haben wird, die Bekämpfung der Mitternachten. Es wird eine besondere in Permanenz liegende Kommission dafür aufgestellt werden, die sich einzig und allein mit dieser Frage beschäftigt.

Aus Rom wird gemeldet: Der Vorkriegsminister hat gestern nachmittag im Ministerium für die Kolonien zusammen. Es waren alle Mitglieder des Rates zugegen. Auf den Vorkriegs Vorkriegs ernannte der Rat den italienischen Delegationen Tittoni zum Vorsitzenden. In seiner Eröffnungsrede führte Tittoni aus, damit der Bund eine Anerkennung finde, müsse sich Rom dem Weltgeist der internationalen Gerechtigkeit beugen lassen.

Das Man wird gemeldet, daß einer der Sanpazzen, mit denen sich der Vorkriegsminister zu befehlen haben wird, die Bekämpfung der Mitternachten. Es wird eine besondere in Permanenz liegende Kommission dafür aufgestellt werden, die sich einzig und allein mit dieser Frage beschäftigt.

Aus Rom wird gemeldet: Der Vorkriegsminister hat gestern nachmittag im Ministerium für die Kolonien zusammen. Es waren alle Mitglieder des Rates zugegen. Auf den Vorkriegs Vorkriegs ernannte der Rat den italienischen Delegationen Tittoni zum Vorsitzenden. In seiner Eröffnungsrede führte Tittoni aus, damit der Bund eine Anerkennung finde, müsse sich Rom dem Weltgeist der internationalen Gerechtigkeit beugen lassen.

Das Man wird gemeldet, daß einer der Sanpazzen, mit denen sich der Vorkriegsminister zu befehlen haben wird, die Bekämpfung der Mitternachten. Es wird eine besondere in Permanenz liegende Kommission dafür aufgestellt werden, die sich einzig und allein mit dieser Frage beschäftigt.

Aus Rom wird gemeldet: Der Vorkriegsminister hat gestern nachmittag im Ministerium für die Kolonien zusammen. Es waren alle Mitglieder des Rates zugegen. Auf den Vorkriegs Vorkriegs ernannte der Rat den italienischen Delegationen Tittoni zum Vorsitzenden. In seiner Eröffnungsrede führte Tittoni aus, damit der Bund eine Anerkennung finde, müsse sich Rom dem Weltgeist der internationalen Gerechtigkeit beugen lassen.

### Aufstand in Moskau?

Das Man wird gemeldet, daß einer der Sanpazzen, mit denen sich der Vorkriegsminister zu befehlen haben wird, die Bekämpfung der Mitternachten. Es wird eine besondere in Permanenz liegende Kommission dafür aufgestellt werden, die sich einzig und allein mit dieser Frage beschäftigt.

Aus Rom wird gemeldet: Der Vorkriegsminister hat gestern nachmittag im Ministerium für die Kolonien zusammen. Es waren alle Mitglieder des Rates zugegen. Auf den Vorkriegs Vorkriegs ernannte der Rat den italienischen Delegationen Tittoni zum Vorsitzenden. In seiner Eröffnungsrede führte Tittoni aus, damit der Bund eine Anerkennung finde, müsse sich Rom dem Weltgeist der internationalen Gerechtigkeit beugen lassen.

Das Man wird gemeldet, daß einer der Sanpazzen, mit denen sich der Vorkriegsminister zu befehlen haben wird, die Bekämpfung der Mitternachten. Es wird eine besondere in Permanenz liegende Kommission dafür aufgestellt werden, die sich einzig und allein mit dieser Frage beschäftigt.

Aus Rom wird gemeldet: Der Vorkriegsminister hat gestern nachmittag im Ministerium für die Kolonien zusammen. Es waren alle Mitglieder des Rates zugegen. Auf den Vorkriegs Vorkriegs ernannte der Rat den italienischen Delegationen Tittoni zum Vorsitzenden. In seiner Eröffnungsrede führte Tittoni aus, damit der Bund eine Anerkennung finde, müsse sich Rom dem Weltgeist der internationalen Gerechtigkeit beugen lassen.

Das Man wird gemeldet, daß einer der Sanpazzen, mit denen sich der Vorkriegsminister zu befehlen haben wird, die Bekämpfung der Mitternachten. Es wird eine besondere in Permanenz liegende Kommission dafür aufgestellt werden, die sich einzig und allein mit dieser Frage beschäftigt.

Aus Rom wird gemeldet: Der Vorkriegsminister hat gestern nachmittag im Ministerium für die Kolonien zusammen. Es waren alle Mitglieder des Rates zugegen. Auf den Vorkriegs Vorkriegs ernannte der Rat den italienischen Delegationen Tittoni zum Vorsitzenden. In seiner Eröffnungsrede führte Tittoni aus, damit der Bund eine Anerkennung finde, müsse sich Rom dem Weltgeist der internationalen Gerechtigkeit beugen lassen.

Das Man wird gemeldet, daß einer der Sanpazzen, mit denen sich der Vorkriegsminister zu befehlen haben wird, die Bekämpfung der Mitternachten. Es wird eine besondere in Permanenz liegende Kommission dafür aufgestellt werden, die sich einzig und allein mit dieser Frage beschäftigt.

Aus Rom wird gemeldet: Der Vorkriegsminister hat gestern nachmittag im Ministerium für die Kolonien zusammen. Es waren alle Mitglieder des Rates zugegen. Auf den Vorkriegs Vorkriegs ernannte der Rat den italienischen Delegationen Tittoni zum Vorsitzenden. In seiner Eröffnungsrede führte Tittoni aus, damit der Bund eine Anerkennung finde, müsse sich Rom dem Weltgeist der internationalen Gerechtigkeit beugen lassen.

Das Man wird gemeldet, daß einer der Sanpazzen, mit denen sich der Vorkriegsminister zu befehlen haben wird, die Bekämpfung der Mitternachten. Es wird eine besondere in Permanenz liegende Kommission dafür aufgestellt werden, die sich einzig und allein mit dieser Frage beschäftigt.

Aus Rom wird gemeldet: Der Vorkriegsminister hat gestern nachmittag im Ministerium für die Kolonien zusammen. Es waren alle Mitglieder des Rates zugegen. Auf den Vorkriegs Vorkriegs ernannte der Rat den italienischen Delegationen Tittoni zum Vorsitzenden. In seiner Eröffnungsrede führte Tittoni aus, damit der Bund eine Anerkennung finde, müsse sich Rom dem Weltgeist der internationalen Gerechtigkeit beugen lassen.

Das Man wird gemeldet, daß einer der Sanpazzen, mit denen sich der Vorkriegsminister zu befehlen haben wird, die Bekämpfung der Mitternachten. Es wird eine besondere in Permanenz liegende Kommission dafür aufgestellt werden, die sich einzig und allein mit dieser Frage beschäftigt.

Aus Rom wird gemeldet: Der Vorkriegsminister hat gestern nachmittag im Ministerium für die Kolonien zusammen. Es waren alle Mitglieder des Rates zugegen. Auf den Vorkriegs Vorkriegs ernannte der Rat den italienischen Delegationen Tittoni zum Vorsitzenden. In seiner Eröffnungsrede führte Tittoni aus, damit der Bund eine Anerkennung finde, müsse sich Rom dem Weltgeist der internationalen Gerechtigkeit beugen lassen.

Das Man wird gemeldet, daß einer der Sanpazzen, mit denen sich der Vorkriegsminister zu befehlen haben wird, die Bekämpfung der Mitternachten. Es wird eine besondere in Permanenz liegende Kommission dafür aufgestellt werden, die sich einzig und allein mit dieser Frage beschäftigt.

Aus Rom wird gemeldet: Der Vorkriegsminister hat gestern nachmittag im Ministerium für die Kolonien zusammen. Es waren alle Mitglieder des Rates zugegen. Auf den Vorkriegs Vorkriegs ernannte der Rat den italienischen Delegationen Tittoni zum Vorsitzenden. In seiner Eröffnungsrede führte Tittoni aus, damit der Bund eine Anerkennung finde, müsse sich Rom dem Weltgeist der internationalen Gerechtigkeit beugen lassen.

Das Man wird gemeldet, daß einer der Sanpazzen, mit denen sich der Vorkriegsminister zu befehlen haben wird, die Bekämpfung der Mitternachten. Es wird eine besondere in Permanenz liegende Kommission dafür aufgestellt werden, die sich einzig und allein mit dieser Frage beschäftigt.

Aus Rom wird gemeldet: Der Vorkriegsminister hat gestern nachmittag im Ministerium für die Kolonien zusammen. Es waren alle Mitglieder des Rates zugegen. Auf den Vorkriegs Vorkriegs ernannte der Rat den italienischen Delegationen Tittoni zum Vorsitzenden. In seiner Eröffnungsrede führte Tittoni aus, damit der Bund eine Anerkennung finde, müsse sich Rom dem Weltgeist der internationalen Gerechtigkeit beugen lassen.

Das Man wird gemeldet, daß einer der Sanpazzen, mit denen sich der Vorkriegsminister zu befehlen haben wird, die Bekämpfung der Mitternachten. Es wird eine besondere in Permanenz liegende Kommission dafür aufgestellt werden, die sich einzig und allein mit dieser Frage beschäftigt.

Aus Rom wird gemeldet: Der Vorkriegsminister hat gestern nachmittag im Ministerium für die Kolonien zusammen. Es waren alle Mitglieder des Rates zugegen. Auf den Vorkriegs Vorkriegs ernannte der Rat den italienischen Delegationen Tittoni zum Vorsitzenden. In seiner Eröffnungsrede führte Tittoni aus, damit der Bund eine Anerkennung finde, müsse sich Rom dem Weltgeist der internationalen Gerechtigkeit beugen lassen.

Das Man wird gemeldet, daß einer der Sanpazzen, mit denen sich der Vorkriegsminister zu befehlen haben wird, die Bekämpfung der Mitternachten. Es wird eine besondere in Permanenz liegende Kommission dafür aufgestellt werden, die sich einzig und allein mit dieser Frage beschäftigt.

Aus Rom wird gemeldet: Der Vorkriegsminister hat gestern nachmittag im Ministerium für die Kolonien zusammen. Es waren alle Mitglieder des Rates zugegen. Auf den Vorkriegs Vorkriegs ernannte der Rat den italienischen Delegationen Tittoni zum Vorsitzenden. In seiner Eröffnungsrede führte Tittoni aus, damit der Bund eine Anerkennung finde, müsse sich Rom dem Weltgeist der internationalen Gerechtigkeit beugen lassen.

Das Man wird gemeldet, daß einer der Sanpazzen, mit denen sich der Vorkriegsminister zu befehlen haben wird, die Bekämpfung der Mitternachten. Es wird eine besondere in Permanenz liegende Kommission dafür aufgestellt werden, die sich einzig und allein mit dieser Frage beschäftigt.

Aus Rom wird gemeldet: Der Vorkriegsminister hat gestern nachmittag im Ministerium für die Kolonien zusammen. Es waren alle Mitglieder des Rates zugegen. Auf den Vorkriegs Vorkriegs ernannte der Rat den italienischen Delegationen Tittoni zum Vorsitzenden. In seiner Eröffnungsrede führte Tittoni aus, damit der Bund eine Anerkennung finde, müsse sich Rom dem Weltgeist der internationalen Gerechtigkeit beugen lassen.

Das Man wird gemeldet, daß einer der Sanpazzen, mit denen sich der Vorkriegsminister zu befehlen haben wird, die Bekämpfung der Mitternachten. Es wird eine besondere in Permanenz liegende Kommission dafür aufgestellt werden, die sich einzig und allein mit dieser Frage beschäftigt.

Aus Rom wird gemeldet: Der Vorkriegsminister hat gestern nachmittag im Ministerium für die Kolonien zusammen. Es waren alle Mitglieder des Rates zugegen. Auf den Vorkriegs Vorkriegs ernannte der Rat den italienischen Delegationen Tittoni zum Vorsitzenden. In seiner Eröffnungsrede führte Tittoni aus, damit der Bund eine Anerkennung finde, müsse sich Rom dem Weltgeist der internationalen Gerechtigkeit beugen lassen.

Das Man wird gemeldet, daß einer der Sanpazzen, mit denen sich der Vorkriegsminister zu befehlen haben wird, die Bekämpfung der Mitternachten. Es wird eine besondere in Permanenz liegende Kommission dafür aufgestellt werden, die sich einzig und allein mit dieser Frage beschäftigt.

Aus Rom wird gemeldet: Der Vorkriegsminister hat gestern nachmittag im Ministerium für die Kolonien zusammen. Es waren alle Mitglieder des Rates zugegen. Auf den Vorkriegs Vorkriegs ernannte der Rat den italienischen Delegationen Tittoni zum Vorsitzenden. In seiner Eröffnungsrede führte Tittoni aus, damit der Bund eine Anerkennung finde, müsse sich Rom dem Weltgeist der internationalen Gerechtigkeit beugen lassen.

Das Man wird gemeldet, daß einer der Sanpazzen, mit denen sich der Vorkriegsminister zu befehlen haben wird, die Bekämpfung der Mitternachten. Es wird eine besondere in Permanenz liegende Kommission dafür aufgestellt werden, die sich einzig und allein mit dieser Frage beschäftigt.

Aus Rom wird gemeldet: Der Vorkriegsminister hat gestern nachmittag im Ministerium für die Kolonien zusammen. Es waren alle Mitglieder des Rates zugegen. Auf den Vorkriegs Vorkriegs ernannte der Rat den italienischen Delegationen Tittoni zum Vorsitzenden. In seiner Eröffnungsrede führte Tittoni aus, damit der Bund eine Anerkennung finde, müsse sich Rom dem Weltgeist der internationalen Gerechtigkeit beugen lassen.

Das Man wird gemeldet, daß einer der Sanpazzen, mit denen sich der Vorkriegsminister zu befehlen haben wird, die Bekämpfung der Mitternachten. Es wird eine besondere in Permanenz liegende Kommission dafür aufgestellt werden, die sich einzig und allein mit dieser Frage beschäftigt.



# Die Demokratie der Tod des Privatangestellten!

Was tut der „Zentralverband der Angestellten“? Er unterdrückt alle Andersdenkenden. Wer hilft ihm dabei? Das soz. unparteiische Reichsarbeitsministerium, das lediglich die brutalen Machtgriffe der Sozialdemokratie befriedigt. Wie zeigte sich Euch Angestellten der frühere Reichsarbeitsminister, spätere Ministerpräsident Bauer erkenntlich? Er versuchte Euch durch seine gefesselte Verfügung die zwölf Millionen Mark Eurer Krankenkassengelder zu rauben, um daraus fetter Pfunde für seine Freunde, die sozialdemokratischen Ortskrankenkassen, zu schaffen. Wer rettete damals die Angestelltenschaft vor dieser Plünderung im März in Weimar? Das rücksichtslose Vorgehen der Deutschnationalen im Parlament gegen eine derartige Ausplünderung anderer zugunsten einer Partei. Wer verhielt die Selbstverwaltung der Angestellten durch das Betriebsrätegesetz zu entziffern? Die demokratischen Parteien. Wer verhielt eine Unterstellung der Angestellten unter die Oberherrlichkeit der Arbeiter? Die nationalen Parteien und die nationalen Angestelltengewerkschaften. Wißt Ihr, daß man im Begriff war, Euch von der linken aus auch die von Euch ersparten Milliarden Eurer Angestelltenversicherung und Eurer Eigentumsfidejuzion zu rauben? Nur die Angst vor den Neuwahlen hat die Sozialdemokratie daran gehindert, sofort zuzugreifen.

**Angestellte, haben Euch die Demokraten jemals geholfen?** Nein und abermals nein. Sie haben nie den Mut besessen, den Sozialdemokraten entgegenzutreten, wenn es sich um den Schutz der Rechte anderer handelte. Ihr habt keine Erhöhung der Zuständigkeitsgrenze bei den Kaufmannsgerichten erreicht, keine Erhöhung der Versicherungsgrenze bei der Angestelltenversicherung; keine Ausdehnung der Selbstverwaltung Eurer eigenen Versicherung wurde Euch zugestanden.

Die Linksparteien werden, wenn sie die Macht erhalten, den Fischzug auf die Taschen der Angestellten fortsetzen. **Daher! Keine Angestelltestimme der Demokratie oder Sozialdemokratie!**

**Angestellte! Nur die Rechtsparteien haben den Mut und den Willen, Euch zu helfen.**

Gebt ihnen auch die Kraft dazu, indem Ihr nur rechts wählt,

## nur Deutschnational,

nur Euren Vertreter, den Kaufmann. Angestellten der Leinwandwerke,

**Nik. Schäfer, Wahlbewerber der Deutschnationalen,**

der am Sonntag früh 10 Uhr im Apollotheater spricht.

## Kreisbauernschaft „Saalkreis“

Hiermit laden wir die verehrlichen Mitglieder der uns angeschlossenen Vereinigungen mit ihren Damen zu unserm am **Dienstag, den 18. Mai, vorm. 11 Uhr** im „Wintergarten“ zu Halle, Magdeburgerstraße 66, stattfindenden

## 2. Kreisbauernntag

eröffnet ein.

**Tagesordnung:**

1. Wie entstand unsere Kandidatenliste? Kreisbauernmeister.
2. „Wollt und Handwirtsch.“ Vortrag von Herrn Gutscheffiger Boes-Moderna, Kreisbauernmeister des Kreisbauernvereins Torgau.
3. Unser Programm zur Reichstagswahl. Vortrag des Kreisbauernleitenden Herrn Winckelndirektor Gometz-Gilmerwedda.
4. Ausprüche.

**Der Vorstand.**

Fr. Heinrich, Kreisbauernmeister.



**R. CH. SCHELLENBERG  
KUNSTMÖBELEBRIK  
WERKSTÄTEN  
INTIMER WOHNRAUME**

**Herrenzimmer  
Speisezimmer  
Klubsessel  
in grosser Auswahl  
Ferrnrat 5989. Rannischestr. 12.**

## Beleuchtungskörper

für Gas und Elektrizität zu Fabrikpreisen.

**Arthur Täglich, Lessingstr. 21.**

Auch werden Lampen sachgemäss und billig umgearbeitet und aufgefriacht.

## Ein billiges Korsett

nach Maß fertigen wir aus jedem zugegebenen Stoff oder Wäschestück.

= Garantiert bester Sitz = **Fertige Korsetts**

besonders billig. Werkstätten moderner Maßkorsetts

**Toska Gunkel**

nur 16 Markt 16, neben der Hirsch-Apotheke.

Filialen in vielen Großstädten.

## Rudolf Kraemer, Dentist,

nur Leipzigerstr. 21 II., gegenüber Passage-Theater

Telephon 4343. Sprechzeit 9-12, 2-6.

## Sürs Vaterland

Roman aus großer Zeit von Anna Grad. Preis 3.50 Mark.

Unabhängig, die durch den Krieg Schrecken erlitten haben, werden in diesem Buche Trost und Erbauung finden. Durch die (schilf) warmherzige Schilderung weiß die Verfasserin einen erregenden Eindruck zu hinterlassen. Es ist etwas Hohes und Heiliges um das Vaterland!

Verlag Otto Thiele, Halle-S. Leipziger Straße 61/62.

## Landschaftliche Bank der Provinz Sachsen

Halle a. S., Martinsberg 10 Magdeburg, Kaiserstr.

Gewährung von

**:: Lombard-Credit ::**

**Conto-Corrent-Credit**

## Die Zome-Sohle

ist eine völlig neue Erfindung.

Kein Ersatzfabrikat, sondern eine hervorragende **Vervollkommnung** der jetzt so außerordentlich teuren Ledersohlen in **höchster Vollendung.**

Seit 12 Monaten unter **täglicher** Gebrauchsschuh getragene Zome-Sohlen sind bis heute noch nicht durchgeschliffen.

Im Preise die Hälfte billiger als die schlechtesten Ledersohle.

In der Lebensdauer ca. dreimal haltbarer als die beste Kernledersohle!

General-Vertrieb für den Freistaat Sachsen durch

**Georg Gampe, Döbeln i. S.**

Telegraphenadresse: Zomevertrieb, Fernrat 707.

In Hamburg haben in wenigen Wochen über 60 grössere Schuhgeschäfte den Vertrieb dieser hervorragenden Sohle mit dem vor-

auszusehenden Erfolge aufgenommen.

**Untervertreter gesucht.**

**Zome-Sohlen-Vertrieb**

**Georg Gampe, Döbeln i. S.**



## Kachelöfen Küchenöfen

eigener Fabrikation in den verschiedensten Farben und Formen liefert

**Ernst Grohmann,**  
Ofensetzergesellschaft, Halle S.,  
Germarstr. 10, Fernspr. 2413.  
Fabrik in Nauendorf/Saalkr.  
Fernspr. 28.

## Speisezimmer Herrenzimmer Schlafzimmer Küchen und einzelne Möbel jeder Art

empfehlen in grosser Auswahl

**G. Schaible**  
Möbelfabrik  
Gr. Märkerstr. 26  
am Ratskeller.

Bitte bitten unsere Werke ersehen, alle Einkäufe in höchsten Belangen nur bei den Quereinrenten „Geldlichen Zeitungen“ nachahmen zu lassen.

## Hochfeine u. einjache Herrenzimmer

Altrenommierte Möbel-Fabrik

**C. Hauptmann**  
Kleine Ulrichstr. 36a und  
Speisezimmer  
Schlafzimmer

## Alpakka-Bestecke

in welcher Anzahl empfiehlt preiswert

**Alfred Otto, Spezial-**  
Lorchfeldstr. 5 II.

## Schleifsteine

für Federn u. Nähmaschinen empfiehlt in allen Größen

schon 10 Pfennig

# Der Entwurf des neuen preussischen Landwirtschaftskammergesetzes

Von Oekonomierat Dr. so. pol. W. v. Nitrod,  
Vizepräsident des Verbandes der preussischen Landwirtschaftskammern.

## 1. Die Landwirtschaftskammern.

Seitdem hat der preussische Landwirtschaftsminister den Entwurf zu einem neuen Landwirtschaftskammergesetz der Öffentlichkeit übergeben. Wie bereits in der Presse mitgeteilt wurde, hat der Verband der preussischen Landwirtschaftskammern sowohl bei dem Minister wie beim preussischen Staatsministerium dagegen Einspruch erhoben, doch der Entwurf der Landesverordnungsstelle vorgelegt wurde, bevor die Landwirtschaftskammern, die Landwirtschaftskammern und das Landes-Oekonomie-Kollegium als amtlicher Beirat des preussischen Landwirtschaftsministers, zu dem ihnen bisher weniglich unbekannt, tief in ihre vitalen Lebensinteressen eingreifenden Entwurf gehört worden seien.

Angewandte sind auch Einsprüche von anderen interessierten Körperschaften und Organisationen erfolgt, die das Gesetz betreffende Forderungen stellen, vor einer Neuregelung der Landwirtschaftlichen Berufsvertretungen gleichfalls hinsichtlich Gelegenheit zur Stellungnahme zu erhalten. Nachdem die preussische Landesverordnungsstelle am 7. Mai verabschiedet und beschlossen hat, den Entwurf erst beim Wiederertritt am 23. Juni zu beraten, kann die Gefahr, dass die Angelegenheit überhastet und unter fernerer Ausdehnung der landwirtschaftlichen Berufsvertretungen von dem Gesetzgebungsamt weiter betrieben wird, offensichtlich nicht beseitigt angetan werden.

Die Frage, um die es sich hier handelt, ist auch von großer Tragweite für das weitere Schicksal unserer gesamten Landwirtschaft, daß sie keinesfalls derartig über sich hinaus und ohne eingehende und vertrauensvolle Mitarbeit der Interessierten weiter behandelt werden kann, wie es bisher geschehen ist.

Der neue Entwurf enthält zunächst insofern eine wesentliche Neuerung, als er den Kreis des landwirtschaftlichen Berufsstandes im Sinne des Gesetzes durch Einbeziehung der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe und der Verbände der der praktischen oder wissenschaftlichen Förderung von landwirtschaftlichen Betrieben dienenden Anstalten und Vereinigungen zu erweitern, eine bessere Vertretung der Wirtschaft, des Gartenbaus, der Fischerei zu gewährleisten und auch die Gesamterziehung der Landwirtschaft durch Schaffung einer Hauptlandwirtschaftskammer für Preußen auf eine breitere gesetzliche Grundlage zu stellen gedenkt.

Die bessere Vertretung der erwähnten Betriebszweige wird durch besondere Maßnahmen erreicht werden, die sich hinsichtlich 18 in unmittelbarer und geheimer Wahl gewählten Mitgliedern bestehen und die in nähere Verbindung mit den Landwirtschaftskammern gebracht werden. Ob diese Regelung aber besonders im Hinblick auf das komplizierte und nicht fachliche Wahlverfahren die ungeteilte Zustimmung der Berufsvertretungen finden wird oder ob der Zweck nicht viel einfacher und vielleicht noch besser durch andere, möglichst selbständige Abteilungen bei den Landwirtschaftskammern sich erreichen läßt, muß dahingestellt bleiben.

Auf völlig neue Grundlage soll das Wahlverfahren gestellt werden. Während die Mitglieder der Landwirtschaftskammern bisher durch die Kreisräte bestellt wurden, sollen sie künftig in gleicher unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundregeln der Verhältniswahl durch die Berufsangehörigen gewählt werden. — Die Wahl soll nach dem Verhältnis der nach Verhältnis der Zahl der wahlberechtigten Berufsangehörigen zu gebildet werden, daß auf jeden Wahlkreis eine durch 3 teilbare Zahl von Mitgliedern entfällt. In einem politischen Kreis die Zahl der Wahlberechtigten zur Wahl von mindestens 3 Mitgliedern ausreicht, soll dieser zugleich Wahlkreis sein. Im übrigen kann mehrere benachbarte Kreise zu einem Wahlkreis vereinigt und dabei zunächst die Kreise mit der niedrigsten Zahl von Berufsangehörigen zusammengelegt werden. Die Wahlverfahren sollen in drei Gruppen erfolgen. Die beiden ersten Gruppen umfassen die Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe, während in der dritten Gruppe die übrigen Berufsangehörigen (Arbeiter und Angestellte) wählen. Für die Fachkammern soll der Kammerbesitz der Wahlkreis bilden.

Die Mitgliederzahl der Landwirtschaftskammern soll bezogen in Königsberg 78 (bisher 70), Berlin 127 (109), Stettin 63 (63), Breslau 84, Speyer 48 (Schlesien 124), Halle 72 (112), Kiel 36 (80), Hannover 93 (69), Münster 57 (91), Weiden 20 (50), Wiesbaden 24 (32), Bonn 105 (117), Sigmaringen 6 (0). Die nach dem Friedensvertrage verbleibenden Mittel von Westpreußen und Posen sollen den Landwirtschaftskammern für Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Niedersachsen angeeignet werden.

Als Maßstab für die Bildung der ersten beiden Wahlgruppen soll die Arbeitsleistung der im Betriebe tätigen Personen gelten und jede der beiden Gruppen möglichst die gleiche Arbeitsleistung betreten. In der ersten Gruppe sollen die Inhaber größerer Betriebe, in der zweiten die übrigen Betriebsinhaber wählen. Dabei soll jeder der beiden Gruppen die gleiche Zahl von Mitgliedern wählen. Die Mitglieder der einzelnen Gruppen haben gleiches Stimmrecht.

Diese Gruppenunterscheidung soll auch für die Fachkammern nach dem wesentlichen anderen Gesichtspunkten zu beurteilen sein, nämlich der Wirtschaft, der Arbeit und der Interessen zugrunde gelegt werden. Ob diese schematische Gruppenbildung für das ganze Reichgebiet den sehr verschiedenartigen Verhältnissen der einzelnen Provinzen genügend Rechnung trägt, erscheint fraglich. Um diesen besser entsprechen zu können, muß jedenfalls vom Landes-Oekonomie-Kollegium früher die Zustimmung einer größeren Zahl von Gruppen empfohlen werden. Im übrigen erscheint die Frage, ob und inwieweit bei der Landwirtschaftskammer auch die Arbeitnehmer zu betei-

ligen sein werden, noch nicht entschieden, in Württemberg, wo dieselben einbezogen worden sind, sind sie mit 12 von 80 Eignern beteiligt, während man in Bayern mit Rücksicht auf Artikel 165 der Reichsverfassung über die Bildung von Betriebsräten und Betriebsräten und die nach dortiger Artigkeit ausschließliche Zuständigkeit des Reiches zu gelegener Zeit Regelung dieser Frage zunächst davon abgesehen hat, die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer in die Berufsvertretungskörper einzubeziehen und sich mit der Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den Bauernkammern und der Berufsvertretung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer eingehend, einer Regelung, wie sie ähnlich übrigens auch in Sachsen-Meinungen durch Gesetz vom 29. Juni 1919 getroffen ist.

Wahlberechtigt soll jeder Deutsche ohne Unterschied des Geschlechts sein der das 20. Lebensjahr vollendet hat, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt und sich mindestens einem Jahre Berufsangehöriger ist, während für die Wahlberechtigung des 25. Lebensjahr und mindestens einjähriger ununterbrochener Wohnsitz im Kammerbezirk vorgezogen ist. Bei der erheblichen Erfahrung, die gerade auf dem vielfachen landwirtschaftlichen Gebiet zur Beurteilung wirtschaftlicher Fragen nötig ist, erscheint die Voraussetzung einer Berufstätigkeit von nur einem Jahre außerordentlich kurz.

Die Wahlberechtigung soll jeder Deutsche ohne Unterschied des Geschlechts sein der das 20. Lebensjahr vollendet hat, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt und sich mindestens einem Jahre Berufsangehöriger ist, während für die Wahlberechtigung des 25. Lebensjahr und mindestens einjähriger ununterbrochener Wohnsitz im Kammerbezirk vorgezogen ist. Bei der erheblichen Erfahrung, die gerade auf dem vielfachen landwirtschaftlichen Gebiet zur Beurteilung wirtschaftlicher Fragen nötig ist, erscheint die Voraussetzung einer Berufstätigkeit von nur einem Jahre außerordentlich kurz.

Die Wahlberechtigung soll jeder Deutsche ohne Unterschied des Geschlechts sein der das 20. Lebensjahr vollendet hat, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt und sich mindestens einem Jahre Berufsangehöriger ist, während für die Wahlberechtigung des 25. Lebensjahr und mindestens einjähriger ununterbrochener Wohnsitz im Kammerbezirk vorgezogen ist. Bei der erheblichen Erfahrung, die gerade auf dem vielfachen landwirtschaftlichen Gebiet zur Beurteilung wirtschaftlicher Fragen nötig ist, erscheint die Voraussetzung einer Berufstätigkeit von nur einem Jahre außerordentlich kurz.

Die Wahlberechtigung soll jeder Deutsche ohne Unterschied des Geschlechts sein der das 20. Lebensjahr vollendet hat, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt und sich mindestens einem Jahre Berufsangehöriger ist, während für die Wahlberechtigung des 25. Lebensjahr und mindestens einjähriger ununterbrochener Wohnsitz im Kammerbezirk vorgezogen ist. Bei der erheblichen Erfahrung, die gerade auf dem vielfachen landwirtschaftlichen Gebiet zur Beurteilung wirtschaftlicher Fragen nötig ist, erscheint die Voraussetzung einer Berufstätigkeit von nur einem Jahre außerordentlich kurz.

Die Wahlberechtigung soll jeder Deutsche ohne Unterschied des Geschlechts sein der das 20. Lebensjahr vollendet hat, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt und sich mindestens einem Jahre Berufsangehöriger ist, während für die Wahlberechtigung des 25. Lebensjahr und mindestens einjähriger ununterbrochener Wohnsitz im Kammerbezirk vorgezogen ist. Bei der erheblichen Erfahrung, die gerade auf dem vielfachen landwirtschaftlichen Gebiet zur Beurteilung wirtschaftlicher Fragen nötig ist, erscheint die Voraussetzung einer Berufstätigkeit von nur einem Jahre außerordentlich kurz.

Die Wahlberechtigung soll jeder Deutsche ohne Unterschied des Geschlechts sein der das 20. Lebensjahr vollendet hat, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt und sich mindestens einem Jahre Berufsangehöriger ist, während für die Wahlberechtigung des 25. Lebensjahr und mindestens einjähriger ununterbrochener Wohnsitz im Kammerbezirk vorgezogen ist. Bei der erheblichen Erfahrung, die gerade auf dem vielfachen landwirtschaftlichen Gebiet zur Beurteilung wirtschaftlicher Fragen nötig ist, erscheint die Voraussetzung einer Berufstätigkeit von nur einem Jahre außerordentlich kurz.

Die Wahlberechtigung soll jeder Deutsche ohne Unterschied des Geschlechts sein der das 20. Lebensjahr vollendet hat, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt und sich mindestens einem Jahre Berufsangehöriger ist, während für die Wahlberechtigung des 25. Lebensjahr und mindestens einjähriger ununterbrochener Wohnsitz im Kammerbezirk vorgezogen ist. Bei der erheblichen Erfahrung, die gerade auf dem vielfachen landwirtschaftlichen Gebiet zur Beurteilung wirtschaftlicher Fragen nötig ist, erscheint die Voraussetzung einer Berufstätigkeit von nur einem Jahre außerordentlich kurz.

Die Wahlberechtigung soll jeder Deutsche ohne Unterschied des Geschlechts sein der das 20. Lebensjahr vollendet hat, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt und sich mindestens einem Jahre Berufsangehöriger ist, während für die Wahlberechtigung des 25. Lebensjahr und mindestens einjähriger ununterbrochener Wohnsitz im Kammerbezirk vorgezogen ist. Bei der erheblichen Erfahrung, die gerade auf dem vielfachen landwirtschaftlichen Gebiet zur Beurteilung wirtschaftlicher Fragen nötig ist, erscheint die Voraussetzung einer Berufstätigkeit von nur einem Jahre außerordentlich kurz.

Die Wahlberechtigung soll jeder Deutsche ohne Unterschied des Geschlechts sein der das 20. Lebensjahr vollendet hat, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt und sich mindestens einem Jahre Berufsangehöriger ist, während für die Wahlberechtigung des 25. Lebensjahr und mindestens einjähriger ununterbrochener Wohnsitz im Kammerbezirk vorgezogen ist. Bei der erheblichen Erfahrung, die gerade auf dem vielfachen landwirtschaftlichen Gebiet zur Beurteilung wirtschaftlicher Fragen nötig ist, erscheint die Voraussetzung einer Berufstätigkeit von nur einem Jahre außerordentlich kurz.

Die Wahlberechtigung soll jeder Deutsche ohne Unterschied des Geschlechts sein der das 20. Lebensjahr vollendet hat, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt und sich mindestens einem Jahre Berufsangehöriger ist, während für die Wahlberechtigung des 25. Lebensjahr und mindestens einjähriger ununterbrochener Wohnsitz im Kammerbezirk vorgezogen ist. Bei der erheblichen Erfahrung, die gerade auf dem vielfachen landwirtschaftlichen Gebiet zur Beurteilung wirtschaftlicher Fragen nötig ist, erscheint die Voraussetzung einer Berufstätigkeit von nur einem Jahre außerordentlich kurz.

Die Wahlberechtigung soll jeder Deutsche ohne Unterschied des Geschlechts sein der das 20. Lebensjahr vollendet hat, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt und sich mindestens einem Jahre Berufsangehöriger ist, während für die Wahlberechtigung des 25. Lebensjahr und mindestens einjähriger ununterbrochener Wohnsitz im Kammerbezirk vorgezogen ist. Bei der erheblichen Erfahrung, die gerade auf dem vielfachen landwirtschaftlichen Gebiet zur Beurteilung wirtschaftlicher Fragen nötig ist, erscheint die Voraussetzung einer Berufstätigkeit von nur einem Jahre außerordentlich kurz.

Die Wahlberechtigung soll jeder Deutsche ohne Unterschied des Geschlechts sein der das 20. Lebensjahr vollendet hat, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt und sich mindestens einem Jahre Berufsangehöriger ist, während für die Wahlberechtigung des 25. Lebensjahr und mindestens einjähriger ununterbrochener Wohnsitz im Kammerbezirk vorgezogen ist. Bei der erheblichen Erfahrung, die gerade auf dem vielfachen landwirtschaftlichen Gebiet zur Beurteilung wirtschaftlicher Fragen nötig ist, erscheint die Voraussetzung einer Berufstätigkeit von nur einem Jahre außerordentlich kurz.

Die Wahlberechtigung soll jeder Deutsche ohne Unterschied des Geschlechts sein der das 20. Lebensjahr vollendet hat, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt und sich mindestens einem Jahre Berufsangehöriger ist, während für die Wahlberechtigung des 25. Lebensjahr und mindestens einjähriger ununterbrochener Wohnsitz im Kammerbezirk vorgezogen ist. Bei der erheblichen Erfahrung, die gerade auf dem vielfachen landwirtschaftlichen Gebiet zur Beurteilung wirtschaftlicher Fragen nötig ist, erscheint die Voraussetzung einer Berufstätigkeit von nur einem Jahre außerordentlich kurz.

Die Wahlberechtigung soll jeder Deutsche ohne Unterschied des Geschlechts sein der das 20. Lebensjahr vollendet hat, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt und sich mindestens einem Jahre Berufsangehöriger ist, während für die Wahlberechtigung des 25. Lebensjahr und mindestens einjähriger ununterbrochener Wohnsitz im Kammerbezirk vorgezogen ist. Bei der erheblichen Erfahrung, die gerade auf dem vielfachen landwirtschaftlichen Gebiet zur Beurteilung wirtschaftlicher Fragen nötig ist, erscheint die Voraussetzung einer Berufstätigkeit von nur einem Jahre außerordentlich kurz.

gung nicht selbstständig ist, sogar dem Antrage zur Vorbereitung und Einbringung vorzuziehen. Das in Bayern und Württemberg rechtens ist, sollte in Preußen billig sein.

Sehr eigenartig berühren auch weitere, die Rechtsstellung des Vorstehenden und der Vorstandsmitglieder betreffende Bestimmungen in dem preussischen Gesetzentwurf.

Abhängig vom Amt des Vorstehenden der Landwirtschaftskammer bis her als das höchste Organ der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung und Berufsvertretung galt, sollen die Vorstehenden wie die der F.-K. durch Beschluß der Kammer künftig im Hauptamt mit der Amtsbezeichnung „Präsident“ bzw. „Vorschammdirektor“ für die Dauer ihrer Wahl mit Pensionsberechtigung ange stellt werden können.

Ob diese Ausnahmen diese Berufsvertreter reizen werden, ihren Hauptberuf zugunsten einer derartigen Amtstellung aufzugeben, muß dahingestellt bleiben. Jedenfalls bedeutet dies, zum besonders auch die Unterstellung der Vorstehenden und der sämtlichen Vorstandsmitglieder der F.-K. unter das Disziplinarergänzungsamt vom 21. Juli 1899 — wenn auch mit bedingter Einschränkung — eine derartige Beschränkung der Freiheit und der Sicherung der uneingeschränkten tatkräftigen Wahrung der Interessen des Berufsstandes und stellt einen solchen Fragebogen dar, daß die Berufsvertreter aller Gewerbe hiergegen entzündete Front machen müssen.

Während das bisherige Kammergesetz leider gar keine Bestimmungen über die Pensionsentlohnung enthält, soll diesem vielfach erwiderten Mangel jetzt abgeholfen und gesetzlich festgelegt werden, daß dieselben die Eigenschaften mittlerer Staatsbeamten haben, daß die planmäßigen Beamten auf Lebenszeit mit Pensionsberechtigung anzustellen und ihre Rechte und Pflichten nach Letzterem Grundätzen zu regeln sind. Unzureichend erscheint aber die Regelung der Stellung des Hauptgeschäftsführers, der als Dienstverpflichteter der Beamten anzusehen ist. Inwieweit ist auch, ob die als Disziplinarbehörden in Aussicht genommene ganz anderen Zwecken — Wählungen, Gemeindefeststellungen, Aufnahmeregungen und Förderung der inneren Konstitution — dienenden Sonderfunktionäre bzw. des Landesvollstreckung sich hierfür eignen.

Eine mehr oder weniger erhebliche Befähigung der Selbstverwaltung und des Selbstbestimmungsrechtes gegen bisher bedeuten Vorschriften derart, daß die Regelung der Wählung und die Amtsbezeichnung der Beamten und Angestellten, die Führung des Stufen- und Rechnungswesens — dessen selbständige Ordnung den Landwirtschaftskammern bisher gesetzlich gelehrt war — sowie die Wählung der der Verfassungsbildung, künftig nach den von der Aufsichtsbehörde aufgestellten Grundätzen zu erfolgen und daß zur Aufnahme von Anteilen und zur Lebensnahme von Anteilen wiederum auf die Beratung der Aufsichtsbehörde verlangt wird. Das beratende Bestehen der neuerrichteten vielfach beliebigen Aufsicht der Landwirtschaftskammern von der Wählung an wichtigen, ihre Interessen berührenden Fragen schwerer Bedenken begehen werden, kann nicht zweifelhaft sein.

Auf weitere Einzelheiten absteiger in dem Entwurf enthaltener Bestimmungen über die staatlichen Aufsichtsbefugnisse, die weitgehende Eingriffe ermöglichen würden und die bis zu dem Vermögensfeststellungsrecht geben, kann im Rahmen dieses Aufsatzes nicht eingegangen werden. Es sei in dieser Beziehung wiederum auf die Beratung der obersten und württembergischen Gesetze Bezug genommen, aus denen derartige, als ungesetzlich anzusehende Bevormundungen berufstätiger Vertretungen, soweit sie noch in den Gesetzentwürfen vorgelegen waren, durch die Landesverordnungsstellen gründlich ausgeräumt wurden. Statt Beförderungen der Selbstbestimmung und -verwaltung der F.-K. hätte man im Gegenteil deren Erweiterung in neuzeitlichem Geiste und einer Verwirklichung des vom Reichstag beschlossenen Landes-Oekonomie-Kollegiums vom November d. S. erwarten dürfen, wonach ein dem neuen Landwirtschaftskammergesetz ein Recht das Selbstbestimmungsrecht der Kammer mindestens in dem bisherigen Umfang zu wahren, eine Erweiterung der jetzt bestehenden Aufsichtsbefugnisse der Ministerialkanzlei abzulehnen und den Landwirtschaftskammern in übrigen eine Mitwirkung bei Aufstellung der Grundätze für die Selbstbestimmung und Verwendung der Staatseinkünfte einzusetzen zu lassen.

Eine Erweiterung der Aufsichtsbefugnisse scheint auch unvermeidlich, besonders in einem Augenblick, in welchem die Staatsregierung bei der trostlosen Finanzlage die Ausführung der Mittel zur Förderung der Landwirtschaft voranschreitend in der Hauptache den Landwirtschaftskammern selbst überlassen muß und somit die Voraussetzungen eines erweiterten staatlichen Aufsichtsrechts bittigfalls werden. Einem längst fühlbar gewordenen Bedürfnis entspricht die Bestimmung, daß die Landwirtschaftskammern und die Fachkammern selbst sein sollen, für kritische Geschäfte die Tätigkeit der Kreis-, Amts- und Gemeindebehörden ihres Bezirkes in Anspruch zu nehmen.

Eine vollständige Neuregelung ist in Bezug auf die Aufbringung der Mittel der F.-K. vorgezogen. Während bisher die Kosten auf die Wahlberechtigten nach Maßgabe des Grundbesitzverhältnisses verteilt wurden, und im Falle der Überlieferung von 1/2 Prozent — eine Grenze, die bekanntlich schon lange allgemein weit überhöht ist — staatlicher Genehmigung bedurfte, soll die Beitrags-einheit künftig nachmäßig vom Sektor der land- und gärtnerischen Fläche 10 Hektar, für Forstwirtschaft und Fischerei 5 Hektar, ferner 1 v. H. des Gr.-K. sowie 1 M. für jede in der Landwirtschaft tätige volle Arbeitskraft betragen. Ferner ist die Erhebung von Gebühren für besondere Einrichtungen vorgezogen.

Es wird eingehender Prüfung bedürfen, ob der neue gezeichnete Beitragsmaßstab den verschiedenen Verhältnissen der Ertragsfähigkeit der einzelnen Landesteile, insbesondere der Ertragsfähigkeit der verschiedenen Boden- und Kulturarten, genügend Rechnung trägt. — Die Benutzung dieses Maßstabes dürfte praktisch für die Württembergischen Verhältnisse gelten, wenn man die Maßstäbe nach der in die eingehenden Beiträge getrennt nach Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gärtnerei und Fischerei etabliert werden. Das Schwere- und Berufungsrecht, auf das im einzelnen hier eingegangen zu sein geht würde, ist in mehr oder weniger eingehender Weise geregelt und dabei vor allem eine weitgehende Mitwirkung der neuen Selbst-













